

• Dezember 13, 2016 – 13 Kislev 5777

Ein Gespräch mit Gerd Kühling über seine Dissertation zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus in Berlin (Ost) und (West)

Von Laura Külper

Die Aufarbeitung und der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Ost und West ist und bleibt Streitthema unter Historikern, doch bietet gleichzeitig ein interessantes und vielfältiges Forschungsgebiet. Dr. Gerd Kühling widmete sich in seiner Dissertation „Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen in Berlin. Verfolgte des Dritten Reiches und geschichtspolitisches Engagement im Kalten Krieg 1945-1979“ dieser Thematik. Die Buchvorstellung im Herbst 2016 fand in der „Stiftung Topographie des Terrors“ in Berlin statt und nur wenige Tage später konnten wir in der Redaktion der JÜDISCHEN RUNDSCHAU ein Exemplar in den Händen halten und uns dieser komplexen Thematik widmen. Doch wo es um komplexe Themen geht, möchte man gern auch nachhaken. Daraus ergab sich ein informatives und spannendes Interview mit Gerd Kühling, über Verdrängung, Erinnerung, die Marginalisierung jüdischer Opfer und gravierende Unterschiede bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Ost und West.

Wie fanden Sie zum Thema Ihrer Dissertation?

Schon während meines Studiums habe ich mich sehr für die Entstehungsgeschichte von Gedenkstätten und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland nach 1945 interessiert. In Berlin waren für mich neben Täterorten wie der Gestapo-Zentrale in der einstigen Prinz-Albrecht-Straße oder dem Haus der Wannsee-Konferenz gerade ältere Gedenkorte interessant. Genannt sei hier zum Beispiel der Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus am Steinplatz in Charlottenburg, der bereits 1953 errichtet wurde. Mich hat damals schon erstaunt, dass es zur Entstehung vieler Gedenkorte in der Stadt nur unzureichende Informationen gab. Auch spielten der Kalte Krieg und die Teilung Berlins kaum eine Rolle. Ich dachte mir, diese unausgesprochenen Zusammenhänge müsse man einmal untersuchen.

Wie würden Sie die Sonderstellung Berlins im Umgang mit der Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen erklären?

Da kommt eine Reihe von Faktoren zusammen. Zunächst einmal befanden sich in Berlin als der Hauptstadt des „Dritten Reiches“ zahlreiche Institutionen der Verfolgung, Entrechtung und des Völkermordes, deren Geschichte nach 1945, zumindest von einer Minderheit, immer wieder ins Gedächtnis gerufen wurde. Zudem gab es viele Orte, an denen politisch, rassistisch und religiös Verfolgte, die es in Berlin zahlreich gegeben hatte, inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden. Ich denke da zum Beispiel an die Hinrichtungsstätte in Plötzensee, für die schon wenige Jahre nach dem Krieg erste Pläne für eine Gedenkstätte aufkamen. Als dann in den Auseinandersetzungen des Kalten Krieges der Umgang mit der NS-Vergangenheit zu einem der umstrittensten Themen wurde, wurden zahlreiche dieser Gefechte im geteilten Berlin

ausgetragen. Auch beeinflusste die unmittelbare Nachbarschaft zum politischen Gegner den Umgang mit der NS-Vergangenheit. Jeder Staat wollte gerade in Berlin zeigen, dass seine Form von „Vergangenheitsbewältigung“ die bessere ist, um möglichst große Teile der Bevölkerung in sein System zu integrieren.

Sie hatten von den NS-Verfolgten gesprochen. Wie groß war der Einfluss von Überlebenden und Opfern?

Tatsächlich war der Einfluss von Überlebenden groß. Schon früh ist mir bei meinen Recherchen aufgefallen, dass sich in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende vor allem ehemals Verfolgte für Erinnerungsfeiern und Gedenktage, Gedenkstätten und Denkmäler einsetzten. In Berlin waren ihre Organisationen stark vertreten. Zudem war die Jüdische Gemeinde West-Berlins die zahlenmäßig größte in der Bundesrepublik, gleiches galt für die Ost-Berliner Gemeinde in der DDR. Deren Engagement rief oft Ablehnung hervor, denn die Mehrheitsbevölkerung hatte wenig Interesse daran, sich mit dem Thema und auch der eigenen Rolle während der Zeit des Nationalsozialismus zu konfrontieren.

In Ihrem Buch widmen Sie sich unter anderem dem Thema „Marginalisierung der jüdischen Opfer“, könnten Sie das näher erklären?

Nach der Gründung der Bundesrepublik und der DDR und mit der Zuspitzung des Kalten Krieges gerieten die jüdischen NS-Opfer noch weiter in den Hintergrund als sie es zuvor ohnehin schon waren. In beiden deutschen Staaten berief man sich zur Herrschaftslegitimierung stattdessen auf den Widerstand gegen Hitler. Die Erinnerung an die Ermordung der Juden hätte da nur gestört. Auch stützte die Politik die in der Mehrheitsbevölkerung weitverbreitete Wahrnehmung, nach welcher die Deutschen selbst Opfer des Kriegs gewesen seien. In West-Berlin kam sogar ein ausgeprägtes Opfernarrativ hinzu, da man sich als Opfer des Stalinismus sah. Die um Neutralität bemühte Jüdische Gemeinde geriet in diesem Klima zunehmend zwischen die Fronten. Im September 1950 blieb sie den berlinweiten Gedenkfeiern für die „Opfer des Faschismus“ sogar demonstrativ fern, um nicht für politische Zwecke missbraucht zu werden.

Welche massiven Unterschiede zeigten sich bei der Erinnerung an NS-Verbrechen in Ost und West?

In der DDR verengte sich das staatliche Gedenken auf den kommunistischen Widerstand. Demgegenüber wurde in der Bundesrepublik und in West-Berlin der militärische Widerstand des 20. Juli 1944 zentral. Erst ab Ende der siebziger Jahre sollte es zu einer umfassenderen gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Ermordung von sechs Millionen Juden kommen. Bis dahin kämpfte in beiden deutschen Staaten allenfalls eine Minderheit gegen das Vergessen, wobei jüdische Überlebende sehr aktiv waren. Auch hier gab es freilich Unterschiede zwischen West und Ost: Die Verfolgten-Organisationen in der Bundesrepublik erhielten keine Anweisungen von staatlicher Seite, in der DDR wiesen ihre Aktivitäten dagegen mehr oder weniger direkt auf die Entscheidungsebene der Staatsführung zurück. Wenn in der DDR die NS-Judenvernichtung thematisiert wurde, dann hatte dies meistens propagandistischen Charakter und war gegen die Bundesrepublik gerichtet. Die Verantwortung für die Verbrechen wurde einfach auf die westdeutschen Eliten geschoben.

Welche Charaktere und Geschichten begeisterten Sie im Zuge Ihrer Recherchen am meisten?

Ich weiß nicht, ob es der Begriff „Begeistern“ in die richtigen Worte fasst. Die deutsch-deutsche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit war ja keineswegs eine Erfolgsgeschichte, wenn man sich anschaut, gegen welche Widerstände und Ablehnung viele Überlebende kämpfen mussten. Aber es gab natürlich Personen, deren Wirken sehr beeindruckend ist. Ich

denke da an Heinz Galinski, den langjährigen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde West-Berlins. Oder Adolf Burg, der lange Vorsitzender eines Verbandes von NS-Verfolgten war. Auf ihn ging eine frühe Gedenktafel mit hebräischem Schriftzug am ehemaligen Deportationsbahnhof Grunewald zurück. Die Tafel wurde in den 1980er Jahren gestohlen, worauf der Senat ein ähnliches Gedenkzeichen neu anbringen ließ. Wenn man heute das Mahnmal Gleis 17 besucht, kann man diese Tafel noch finden. Sehr spannend fand ich auch die Recherchen zum Auschwitz-Überlebenden Joseph Wulf. Er wollte bereits in den sechziger Jahren im Haus der Wannsee-Konferenz ein Dokumentationszentrum einrichten, scheiterte aber mit diesem Plan. Diese Geschichte weiter auszuleuchten und dabei auf die verschiedensten Akteure zu stoßen, die Wulfs Vorhaben verhinderten, hat mich sehr beschäftigt.

Sie arbeiten in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und waren davor im Deutschen Historischen Museum beschäftigt. Woher rührt Ihr Interesse für Vermittlung historischer Fakten, die sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus beschäftigen?

Ich finde es überaus wichtig, Museums- oder Gedenkstättenbesuchern zu verdeutlichen, dass der Nationalsozialismus nur funktionierte, weil so viele mitgemacht haben. Dafür mussten nicht alle überzeugte Nationalsozialisten und ausgeprägte Antisemiten sein. Es brauchte genügend Menschen, die um des eigenen Vorteils Willens mit dem Strom schwammen und aus Bequemlichkeit oder Gleichgültigkeit wegschauten und schwiegen, wenn Unrecht geschah. Historische Bildung ist somit auch ein wichtiger Schlüssel, um gegenwärtige Entwicklungen besser zu verstehen und kann dazu beitragen, undemokratische Tendenzen schneller zu erkennen.

Wie sehen Sie den gegenwärtigen Stand in Sachen Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen? Verbesserungswürdig oder ausreichend?

In den letzten Jahrzehnten ist in der Gedenkpolitik und der zeithistorischen Forschung eine Menge geschehen. Mit dem größeren zeitlichen Abstand ist gerade die Täterforschung ein gutes Stück vorangekommen. Abgeschlossen ist sie aber noch längst nicht. Gleiches gilt für die Anerkennung der verschiedenen Opfergruppen. So gibt es in Berlin zwar mittlerweile über 7.000 Stolpersteine für NS-Opfer. Es hat aber bis 2016 gedauert, das erstmals vier Stolpersteine für die als „asozial“ Verfolgten verlegt wurden. Auch ein Denkmal für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik in Osteuropa steht noch immer aus. Spannend wird zudem sein, wann es endlich zur Verwirklichung des geplanten Gedenkortes am ehemaligen Deportationsbahnhof Moabit kommt. Mit Denkmälern alleine ist es natürlich nicht getan. Ich fände es sehr begrüßenswert, wenn die an diesen Orten thematisierten Zusammenhänge stärker ins allgemeine Bewusstsein dringen und das Gedenken nicht einfach nur zum Ritual wird.

„Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen in Berlin- Verfolgte des Dritten Reiches und geschichtspolitisches Engagement im Kalten Krieg 1945–1979“ erschien im Sommer 2016 im Metropol Verlag.